

# *Aus Erfahrung wird man nicht automatisch klug*

**RAINER ZITELMANN**



Vielleicht muss das Land Grün-Rot-Rot ausprobieren, um zur Vernunft zu kommen“ schreibt Ulf Poschardt in WELT. Eine Meinung, die man immer häufiger hört.

In Hollywoodfilmen ist ein Happy End fast immer garantiert. Und schon Hölderlin formulierte in der ersten Strophe seiner 15-strophigen Hymne „Patmos“: „Wo aber Gefahr ist, wächst/ Das Rettende auch“. In der Geschichte gibt es jedoch kein Gesetz, wonach die Menschen aus negativen Erfahrungen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Zunächst: Ja, es gibt diese Fälle. Nachdem Labour-Regierungen in den 70er-Jahren Großbritannien mit Steuersätzen von 83 Prozent und Verstaatlichungen so weit wirtschaftlich ruiniert hatten, dass das Land im totalen Chaos versank, waren die Briten so klug, Margaret Thatcher zu wählen, die durch liberale Reformen das Land wieder gesund machte. Offenbar hofft so etwas Ähnliches auch Ulf Poschardt, wenn er schreibt: „Vielleicht muss das Land durch vier grün-rot-rote Jahre und den etatistisch planwirtschaftlichen Quark ausprobieren, um danach von einer runderneuterten Union und FDP mit einer Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft reanimiert zu werden.“

Daran, dass eine grün-rot-rote Regierung zu wirtschaftlichem Niedergang führen wird, gibt es aus meiner Sicht keinen Zweifel. Zwar hört man auch von konservativer und liberaler Seite manchmal, die letzte rot-grüne Regierung (unter Gerhard Schröder) sei doch gar nicht so schlecht gewesen. Das stimmt. Aber die Linksaußen-SPD von Saskia Esken und Kevin Kühnert hat nichts mehr mit der Schröder-SPD zu tun. Nein, eine grün-rot-rote Regierung wird den unter Angela Merkel begonnenen Marsch in die Planwirtschaft fortsetzen – und diese hat in den letzten 100 Jahren noch niemals und nirgendwo funktioniert.

Aber welche Folgerungen werden die Deutschen dann daraus ziehen? Wie viel politische Klugheit wäre einer Bevölkerung zuzutrauen, die 16 Jahre lang immer zu Angela Merkel gestanden hat, um danach dann Annalena Baerbock als vermeintlich bessere Alternative zur Kanzlerin zu wählen? Und warum sollen die Deutschen nach einem vierjährigen sozialistischen Experiment klug werden, wenn sie es nach 40 Jahren Sozialismus in der DDR nicht geworden sind? Die Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland ist auch heute noch der Meinung, der Sozialismus sei eine gute Idee gewesen, die nur schlecht umgesetzt worden sei. Die Linkspartei und die AfD sind in Ostdeutschland stärker als in allen westlichen Bundesländern, in Thüringen kommen beide zusammen auf 54 Prozent.

Wer wissen will, was Rot-Rot-Grün bedeutet, muss nur in die Hauptstadt Berlin schauen: Die dortige Regierung ist nicht davor zurückgeschreckt, mit dem „Mietendeckel“ ein mutmaßlich verfassungswidriges Gesetz zu verabschieden, das faktisch zu einer Enteignung von Immobilieneigentümern führt. Linke, Grüne und Teile der SPD in Berlin wollen bald noch weiter gehen und alle Wohnungsunternehmen, die mindestens 3000 Wohnungen besitzen, auch formell enteignen. Und die Berliner finden es gut so. Nach den letzten Umfragen kommen SPD, Grüne und Linke in der Hauptstadt derzeit auf deutlich über 50 Prozent.

Wer sagt uns, dass nach vier Jahren grün-rot-rotem Experiment die mehrheitlich etatistisch gesinnten Deutschen die Folgerung ziehen werden, jetzt seien dringend marktwirtschaftliche Reformen geboten? Etatisten, die auf einem falschen Weg sind, erkennen dies nicht, sondern glauben, sie müssten nur noch schneller gehen, um ans Ziel zu gelangen. Die Linke wird 2025 argumentieren, ihre noch radikaleren Ideen wären leider am Widerstand von SPD und Grünen gescheitert, deshalb müsse man sie bei den nächsten Wahlen stärken. Radikale Klimaapokalyptiker werden sagen, die Maßnahmen der Regierung seien nicht radikal genug gewesen – es bilden sich ja jetzt schon noch extremere Parteien.

Und in der Zwischenzeit? Was wäre der Preis eines Experimentes mit Grün-Rot-Rot? Unternehmer könnten verstärkt Deutschland verlassen. Entnervt von täglicher Hetze gegen „Reiche“, von Vermögenssteuern und Einkommensteuersätzen über 50 Prozent, dürften viele ins Ausland gehen. In meinem Bekanntenkreis ist kaum ein Unternehmer, der nicht ernsthaft über Auswanderung nachdenkt. Nicht zuletzt könnte Grün-Rot-Rot Freiheitsrechte unter der Parole des „Kampfes gegen rechts“ immer mehr beschneiden. Der Glaube, all dies führe dann im Jahr 2025 praktisch automatisch zu einem Wahlergebnis, das marktwirtschaftlichen Reformern eine Mehrheit in Deutschland gibt, scheint mir mehr mit Wunschdenken zu tun zu haben als mit nüchterner Analyse.

■ Rainer Zitelmann ist Historiker, Soziologe und Immobilieninvestor.